

Der Vorsitzende betonte eingangs, dass es hier nur um die 9 städtischen Kindertageseinrichtungen geht.

Der Änderungsantrag der Ratsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP wurde unter TOP 10 mitbehandelt.

Frau Schulenburg (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte zum Antrag, dass in zeitlicher Abfolge zunächst die Haushaltsberatungen abgewartet werden sollen. Die Ergebnisse sollten bei der Beschlussfassung im JHA wie auch im Rat Berücksichtigung finden. Zudem könne man die Kostensteigerung aufgrund erhöhter Lebensmittelpreise nachvollziehen. Gleichwohl bitte man die Verwaltung, dass hinsichtlich der Umlage der Verwaltungskosten auf die Eltern vorher mit Nachbarkommunen oder freien Trägern verglichen werde. Die Umlage sei laut KGSt (Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement) durchaus möglich. Weiter wurde gebeten, dabei auch Wert auf Einhaltung des DGE-Standards (Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V.) gelegt werde.

Herr Dr. Beckmann (CDU-Fraktion) dankte für die Präzisierung des Antrags und äußerte, dass der Aufschub unschädlich sei, da die Satzung erst ab 01.08.2024 gelte. Seitens der CDU-Fraktion würde man sich zum Antrag enthalten.

Herr Dr. Eßer (Erster Beigeordneter) dankte für den Antrag und bat darum, im Beschlusstext, vorletzter Satz das Wort „repräsentativ“ zwischen „Kommunen“ und „vergleichen“ zu ergänzen. Die Verwaltung habe das Anliegen der antragstellenden Fraktionen verstanden und sagte aussagekräftige Vergleichszahlen zu.